

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 30, Winterfeldstr. 24  
Fernsprecher: Amt 6, Nr. 6185  
Redakteur: Emil Dittmer

Inhalt:  
Staats- und Gemeindebetriebe  
tollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags  
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)  
2 Mk. — Polzeiungsliste Nr. 3151

### Inhalt.

Die Vorgänge in München. — Die neue Stadt Wilmersdorf. — Die Streiks und Ausweisungen im Jahre 1905. (Schluß). — Püttau, Wangen, Lohau und die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Arbeiter. — Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. — Notizen für Glasarbeiter. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus unserer Bewegung. — Mundschau. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Briefkasten. — Anzeigen.

### Die Vorgänge in München.

Ein merkwürdiges Geschehnis ist in der Sitzung des Gemeindefullkoms dem Führer der Liberalen, Gemeindevollständigen C. von, entfallen. Bekanntlich wurde in München nach zweijährigem Tragen unseres Verbandes die Arbeitsordnung neu geregelt. Nicht verschiedenen anderen Verordnungen war es insbesondere die finanzielle Wirkung, die den Wünschen unserer Kollegen nicht entsprach.

Die ganz natürliche Folge war, daß sowohl von Seiten unserer Verbandes als auch der sozialdemokratischen Fraktion verschiedene Abänderungsanträge gestellt wurden. Diese sind nun, soweit sie von der sozialen Kommission zur Berücksichtigung empfohlen wurden, in der Sitzung vom 6. Dezember behandelt worden. Dabei erklärte der Referent, Gemeindevollständiger Schön, es habe sich bei der Regelung der Arbeitsordnung von vornherein nur darum gehandelt, mehr Gleichheit unter den einzelnen Betrieben zu schaffen. Darum erkort sich für uns ganz deutlich, warum die Lohnerhöhungen nicht besser ausfielen.

Gemeindevollständiger Genosse Raith zerstückte die Vorlage jämmerlich; insbesondere wies er ziffernmäßig nach, daß die Verbesserung im Durchschnitt nicht mehr als 5 Proz. betrage, während die Bürgermeister und Stadträte um 20-30 Proz. aufgehört wurden. Tatsächlich haben sich auch die Bedürfnisse der Arbeiter (Wohnung, Kleidung, Nahrung) um 20-25 Proz. verteuert.

Auf Grund früherer genauer Berechnungen in der „Gewerkschaft“ konnte Raith nachweisen, daß die sogenannte Arbeitszeitverlängerung nur ein fauler Zauber sei, indem die durchschnittliche Arbeitszeit vorher 9 1/2 Stunden und nach der neuen Einteilung mit mathematischer Genauigkeit wieder 9 1/2 Stunden ergäbe.

Zum Schluß wurden familiäre Abänderungen angenommen, wobei zu bemerken ist, daß die berücksichtigten Forderungen sämtlich vom Gemeindearbeiterverband aufgestellt waren.

Dadurch wurden noch eine ganze Anzahl von Verbesserungen erzielt. 3. B. gelang es, auch das Friedhofspersonal unter die Bestimmungen der Arbeitsordnung zu bringen. Eben jahrelang war dieses im öffentlichen Verbandsorganisiert, ohne dabei irgend welche greifbare Vorteile zu erzielen, obwohl große Sparten bestanden. War 3. B. ein Totengräber nicht mehr mitarbeitend, keinen öffentlichen Dienst zu verrichten, so mußte er als Armenwächter, Leichenträger usw. mit dem niedrigsten Anfangslohn wie die Reinigungskräfte sich zufriedengeben. Diese Verhältnisse sind nun durch die Einreihung unter die Bestimmungen der Arbeitsordnung beseitigt. Außer diesem Vorteil erhielt das Personal auch eine Lohnerhöhung von 20-30 Pf. pro Tag zweifach, so daß auch in finanzieller Hinsicht ein Erfolg zu verzeichnen ist.

Auch das Werkstättenpersonal für Hausunrat abfuhr war bislang in der Lohnliste nicht aufgeführt, welchem Mangel durch diesen Nachtrag nun abgeholfen wurde. Fern städtischen Karstall, dessen Personal erst seit kurzem in unserem Verbandsorganisiert ist, ist die Lage besonders eigenartig; hat doch dieses Personal in ihrem sich alle 6 Tage wiederholenden Dienstinneus nicht weniger als 101 Stunden Dienst, so

daß für Nachhausegehen, Schlafen usw. nur noch 40 Stunden verbleiben. Die soziale Kommission hatte eine Erhöhung des Lohnes von 3,30 auf 3,70 Mk. pro Tag vorgelesen. Der Verwaltungsrat des Rathhauses, Magistratsrat Pech ein tapferer Zentrumsmann, drückte es jedoch trotz des zustimmenden Beschlusses der sozialen Kommission im Magistrat durch, daß der Lohn nicht 3,70 Mk., sondern nur 3,50 Mk. beträgt. (O, diese Arbeiterfreunde!)

Die betreffenden Leute werden sich diese Stellung ihres Verdienstes schon merken.

Die in der letzten Lohnliste total verfahrenere Situation hat sich nun wieder gelöst. Die Hilfsheizer, Hilfsmaschinenisten, Lampenwärter und Heizer, denen ursprünglich nur eine Verbesserung von 15 Pf. in Aussicht stand, erhalten jetzt erstere 3,50 Mk. (50 Pf. Zulage), letztere 3,90 Mk. (40 Pf. Zulage) als Grundlohn. Die Masseure im städtischen Volkshaus erhalten anstatt 1,10 Mk. ab 1. Januar 1,50 Mk. Dies haben die Masseure besonders dem Eintreten des sozialdemokratischen Verwaltungsrates E. Schmidt zu verdanken. Die Gasarbeiter liegen von 3,70 Mk. auf 4,10 Mk.; bei der Gasarbeit beträgt der Anfangslohn (gleich wie im elektrischen Werk) für schwere Arbeiten 3,50 Mk. pro Tag.

Außerdem wären noch einige kleinere Verschiebungen zu verzeichnen, die jedoch nicht von besonderer finanzieller Tragweite sind. Auch der redaktionelle Teil der Arbeitsordnungen bleibt wie er ist, wenngleich eine ganze Anzahl von Kommissen eingelaufen waren. Eins soll dabei jedoch nicht unerwähnt bleiben. Es wurde die Behauptung aufgestellt, daß die Vorschläge der Abteilungspräsidenten sämtlich berücksichtigt wurden. Daß dies nicht der Fall ist, zeigt uns die Geschichte beim elektrischen Werk. Dort wäre ohne besondere Forderungen die Durchführung des achtstündigen Arbeitstages möglich und damit ein Herzenswunsch namentlich des Betriebspersonals erfüllt gewesen. Auch der Betriebsleiter, Oberingenieur Kener, hat sich schon oft genug für die Durchführung des achtstündigen Arbeitstages ausgesprochen, und dennoch ist derselbe für das elektrische Werk ausgeblieben. Doch — kommt Zeit, kommt Mat. — ziehen wir das Fazit aus der nun zum Abschluß gelangten Bewegung, so finden wir, daß diese Zugeständnisse dem Magistrat bzw. dem Gemeindefullkom nur in Anbetracht des geradezu sprunghaften Anwachsens unseres Verbandes abzurufen waren. Gäßen wir nicht in den öffentlichen Versammlungen eine deutliche Sprache geredet, es wäre wohl alles beim alten geblieben. Gleichfalls muß erwähnt werden, daß der Einfluß der kleinen sozialdemokratischen Gruppe im Rathaus weit über ihr Zahlenverhältnis einwirkte und sich für die Arbeiter äußerst günstig bemerkbar machte. Vom Zentrum wissen wir ja ohnehin, daß es die Vertretung von Arbeiterinteressen nicht allzu ernst nimmt. Gerade damals, als das Zentrum im Münchener Rathaus Majoritätspartei war, wurden Lohnlohn von 2,20 Mk. usw. bezahlt, ohne daß etwas getan wurde.

Ein Antrag des Genossen Raith, 350.000 Mk. für Pfasterungen zu bewilligen, wurde auch vom Zentrum abgelehnt. In ihrer Falsch-Arbeiterfreundlichkeit verachten sie ganz und gar, daß durch diese Ablehnung eine ganze Anzahl von häßlichen Arbeiten profitlos werden muß!

Nach ein ähnliches Stück hat sich dieses arbeiterfreundliche Rathauszentrum geleistet. Es wurde beschlossen, die Reinigung der Schutthauser den Hausmeistern abzunehmen und in Submission zu vergeben. Bei der Abstimmung verlangte Magistratsrat Genosse Schmidt die Entziehung der Bestimmung, daß die Unternehmer gehalten sein sollen, den Fuhrmann wenigstens den üblichen Tagelohn zu bezahlen. So selbstverständlich dies schien, so stimmte doch auch das arbeiterfreundliche Zentrum gegen diesen Antrag, so daß nun die armen, meist verheirateten Frauen nach Gerateslust ausgebeutet werden können.

Als weitere Sekundat des Zentrums ist zu verzeichnen, daß der Gemeindevollständige Riggauer in der Sitzung vom 6. Dezember den Wunsch äußerte, es sollen den städtischen Arbeitern bei der Lohnbemessung 5-10 Jahre ihrer bisherigen Dienstzeit angerechnet werden. Wenn solche Wünsche schon von Seiten kommen, die in rührender Weise von sich behaupten, Arbeiterinteressen zu vertreten, dann hat sich auch die Münchener Gemütslichkeit auf der elementarsten Grundstufe ist doch, daß alle 7000 Jahre bei der Gemeinde in Anrechnung kommen. Nach dem Antrag Riggauer würden verschiedene ältere Arbeiter sogar eine Minderung des bisherigen Lohnes erleiden! Ganz abgesehen davon, daß unter solchen Umständen die Mehrzahl der städtischen Arbeiter nicht in der Lage wäre, jemals den Verdienst zu verdienen. Die geringe Lohnminderung durchschnittlich 5 Proz. bedeutet, daß der wirtschaftlichen Entwicklung schand, schon in einigen Jahren wieder an eine Umgestaltung gedacht werden muß. Solch kann wieder nur 5-10 Jahre der Dienstzeit zur Anrechnung gelangen, so bleibt der Verdienst eben eine in unerschütterlicher Weise wankende Illusion.

Die allgemeine Auffassung ging dahin, daß sämtliche Dienstjahre zur Anrechnung gelangen sollten. Nun hat das Zentrum die verhängende Angelegenheit aufgearbeitet. Die städtischen Arbeiter werden wissen, wer die Schuld tragt, wenn im letzten Moment ein solcher Antrag in die Tat umgesetzt werden sollte. Derartige Verschleierungsmittel, die dem Gemeindevollständigen als arbeitsscheu und feindselig gegenüber dem Zentrum schon mehrere auf dem Gewissen. Können die städtischen Arbeiter daraus ersehen, wie diese ihre gelegentlich der Wahlen angebotenen Versprechen in die Praxis umsetzen. Mit Worten ist uns nicht genug. Es muß sein für die städtischen Arbeiter, selbst ihres Geldes Schand zu sein, indem sie ihre berufliche Organisation, den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, stärken und für immer größerer Ausdehnung Sorge tragen.

Wichtig sind die Werten des Gemeindearbeiter Verbandes und der sozialdemokratischen Vertreter im Rathaus ist es zu bedanken, daß die bürgerlichen Parteien von dem Mann, der tagtäglich sich an der arbeitenden Bevölkerung wagt, ein Schicksal den städtischen Arbeitern überlassen haben, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe. So liegen die Dinge.

Darum schließt auch unsern Verbände an, der man bereits in München 1150 Mitglieder zählt. Ein jedes Mitglied werde neue Mitglieder. Jedes neue Mitglied ein neuer Kämpfer. Jeder neue Kämpfer: ein Schritt vorwärts!

D. S.

### Die neue Stadt Wilmersdorf.

Zu dem Kranz der Vorstädte, die sich um die Metropole Berlin lagern und die eine treibhausartige Entwicklung nehmen, gehört auch Wilmersdorf. Es ist die neugeborene Stadt der reichen Leute, der Grundbesitzer und Berliner Hausbesitzer, aber die das Fußhörn materieller Güter reichlich sich geleert. Wie bei allen derartigen aufstrebenden Städten und Gemeinwesen spielt die sozialpolitische Frage im Rürgerparlament eine herzlich unbedeutende Rolle, und wenn man gar danach fragt, so wird man vergeblich verurteilende Antwort heischen. Freitag hat man Arbeiter beschäftigt, aber du lieber Himmel, diese Leute sind ja froh, in städtischen Diensten zu stehen, und wenn die soziale Fürsorge für die Angestellten der Gemeinde in Erwägung zu ziehen ist, dann darf sie nur einsehen bei Leuten, die mehr als 2000 Mk. Gehalt beziehen. Die proletarischen Existenzen im Gemeinbedienst sind eine unangenehme Zugabe des Gemeindebetriebes, man kann ihrer nicht entbehren, aber sie als Menschen zu betrachten, die in der Not des täglichen Lebens mit Schmerz die Hilfslosigkeit der Gemeindevertretung empfinden, dazu reicht die soziale Erkenntnis der „Zellen“ nicht aus. Die Nichtbeachtung der städtischen Arbeiter hat in letzter Zeit freilich einen großer werdenden Interesse für diese Erwerbskategorie Klag gemacht und der Einwirkung der Organisation der Gemeindearbeiter ist zu danken gewesen, daß sich die Reichliche im Rathaus dieser Partien erinnern. In all den Städten, wo wir mit Hilfe der Organisation, der öffentlichen Meinung, der Arbeitervertreter in Gemeindeparlamenten den Versuch machten, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Position der städtischen Arbeiter zu heben, haben wir die Wahrnehmung machen können, daß nach längerem Zögern und Spreizen die Lohn des Fortschritts beschritten wurde. Daß dabei die guten Stadtverwaltungen nicht zu betonen vertragen, alle Bewilligungen an städtische Arbeiter seien dem „guten Verze“ der Herren Beamten und so weiter entworfen, soll uns hier nicht weiter interessieren. So haben es bisher alle gemacht und Wilmersdorf, wo unsere Organisation eingesetzt, wird ebenfalls zu den Gemeinden gehören, die „alles aus sich selbst heraus“ für die Arbeiter getan.

Es ist gelungen, in Wilmersdorf die städtischen Arbeiter für unsere Organisation zu interessieren und wir wollen hoffen, daß das Interesse nicht erlahme, sondern stetig erstarken möge. Dauerlich ist nur, daß nicht alle in Frage kommenden Arbeiterkategorien gleichen Interesse den organisatorischen Bestrebungen des Verbandes der Gemeindearbeiter entgegenbringen. Die

Strahlgereinigter lassen sich zum größten Teil noch von ihrem „Torgelichten“ erwidern; sie wagten es wohl bis zur Tür des Versammlungsortes, dann aber hatte der „Wut“ sein Ende! C aber diese Angstmeierei! Wie notwendig es aber für alle Arbeiter ist, sich ihre wirtschaftlichen Positionen zu sichern, lehrt wohl die einzig dastehende Behandlung der Gartenerarbeiter. Obwohl diese Arbeiter frontallich gegen Tagelohn engagiert sind, hat sie der Übergang seit 1. Dezember in Stundenlohn gekostet, weil sie im Winter eine Stunde weniger als im Sommer arbeiten und die Gemeinde vielleicht einer Handvoll Arbeiter eine Arbeitsstunde bezahlen würde, der keine positive Leistung gegenübersteht. So müssen diese armen Teufel einen Lohnverlust von nämlich 34 bis 40 Mk. tragen, dessen Zahlung diese arme Gemeinde natürlich auch nicht dem Portenrat zugestimmt hätte! Eine Gemeindeverwaltung, die den eigenen Beamten unheimlich Hunderte von Mark für eine nicht geleistete Arbeit zu bezahlen in der Lage ist, darf sich wohl nicht über eine Kapitalie nicht in den Ruf der sozialpolitischen Verantwortlichkeit lassen, wie es Wilmersdorf getan. Ziehen wir doch zu, wie demgegenüber die Gemeinde Schöneberg ihre Gartenerbeiter als ständliche Arbeiter für alle Arbeiter, 1 5 Mk. Lohn für die Gemeinde und 1 0 50 Mk. für im Gartenerbetrieb beschäftigte Arbeiter! Und Wilmersdorf? Gartener 375 Mk. Betrag in 12 Jahren bis 5 Mk. Arbeiter 350 Mk. und noch einem Betrag bis 375 Mk. Dann hört der Regen auf! Da vent 1. Dezember bis 1. April nur 9 Stunden bezahlt werden, so bekommt sich der sonstlich übige Tagelohn noch um den Betrag einer Lohnsumme! Die Proteste der Arbeiter gegen diese unzulässige Maßnahme, die noch dazu gegen Freu und Glauben verhängt, haben jetzt endlich mißlingen Erfolgs gehabt, als die Arbeitszeit von 6 bis 6 Uhr zurück ist und auf diese Weise die gehobene Arbeitszeit erreicht wird. Damit fällt zwar die Lohnsumme her, es ist aber u. S. gerade kein Zeichen einer großen sozialpolitischen Erkenntnis, wenn man erklärt, die geleistete Arbeit in anderen Städten zu bezahlen werden. Man hätte sich wohl den Beamten mitzuteilen und den alten Tagelohn ebenfalls abschaffen können. Aber es fehlte bisher eben der Mut zu irgend einem Entgegenkommen, nämlich die Organisation! Man ist so, und hoffentlich wird noch gegen einen Erfolg, der unbedingt auf das Wohl der Organisations zu gehen ist, auch den eigenen Kategorien der Wilmersdorfer städtischen Arbeiter endlich klar, daß sie zunächst an die Arbeiter mit ihren Kollegen kämpfen müssen für bessere Lohn und Arbeitsbedingungen. Für und abwärts genügt anzuregen, daß die Gemeindevertretung über die Bürgermeister von der Tat des Übergangs nicht ohne Unterrichtet war. Auch die Straßenreinigung und Vorarbeiten wünschen, daß wir an dieser Stelle auf die durchaus einengende Zahlung dieser Arbeiterkategorien aufmerksam machen; die in Aussicht gestellte Knechtung der Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter möge nur nicht zu lange auf sich warten lassen! Die Arbeiterstadt der Stadt Wilmersdorf aber möge bedenken, daß es nur die Organisation der Gemeindearbeiter ist, welche als lebendes Gewissen der herrschenden Kommunalpolitiker diese auf eine vernünftige Lohn sozialpolitische Taten zu drängen imstande ist. Möge unsere Wertarbeit auch in diesem Orte von dauerndem Erfolge gekrönt sein!

### Die Streiks und Ausperrungen im Jahre 1905.

(Schluß aus Nr. 49)

#### Die Abwehrstreiks.

Zur Zurückweisung der von den Unternehmern versuchten Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen fanden 99 Streiks statt, an denen insgesamt 30679 Personen, 2804 männliche und 2185 weibliche, sich beteiligten. Erfolgreich endeten 45 = 45,3 Proz. dieser Streiks und zwar kamen hierbei 18711 = 61,0 Proz. aller Beteiligten in Frage. Teilweisen Erfolg hatten 102 = 13,1 Proz. der Streiks mit 5181 = 17,5 Proz. der Beteiligten. 213 Abwehrstreiks verliefen erfolglos, von 22 ist das Resultat unbekannt und 27 waren am Schluß des Jahres noch nicht beendet. Die Gesamtansprüche betragen 87180 Mk. Der für 2591 Streikende festgestellte Verlust an Arbeitszeit befreit sich auf 34123 Tage für männliche und 51190 Tage für weibliche Streikende. Zur dies Streikenden beträgt der Verlust an Arbeitsverdienst 1396097 Mk.

Die Abwehr richtete sich in 14 Fällen gegen den von den Unternehmern verlangten Austritt aus der Organisation. Hierbei kamen 708 Beteiligte in Betracht, von denen in zwei Fällen insgesamt 212 Erfolge hatten. Wegen Wahrung der Arbeitszeit streikten 1373 Personen in 150 Fällen, von denen 61 Streiks für insgesamt 1757 Personen mit vollem und 20 Streiks für 762 Personen mit teilweisem Erfolg beendet wurden. Um Lohnreduzierungen zu verhindern, wurde in 206 Fällen von zusammen 1111 Personen die Arbeit eingestellt. 170 Fälle mit 6472 Beteiligten waren erfolgreich und 52 Fälle mit 208 Beteiligten hatten nur teilweisen Erfolg. Eine Verlängerung der Arbeitszeit mußte in 31 Fällen abgewehrt werden, was in 18 Fällen vorgekommen und in 1 Fall nur zum Teil gelang. Die Nichtbehaltung der allgemeinen üblichen

hren For-  
er des Ver-  
! Aber  
rbeiter ist,  
die einzig  
diese An-  
hat sie der  
t, weil sie  
en und die  
beständige  
ist. So  
ich 38 bis  
schicks auch  
ernennung,  
at für die  
schweren  
politischen  
Zahlen der  
e Statist  
W. Lohn  
betreff des  
ff. Reichs  
ach einem  
Da vent  
werden, so  
sch um den  
ngen diese  
e Arbeiter  
die gebrä-  
die Verhö-  
st große  
erhalten  
Man hätte  
e Tagelohn  
eben der  
ich die  
wird nach  
er Organi-  
Wilmers-  
dachte an  
Lohn und  
ahmen, daß  
er Tat des  
e Streiken-  
er Stelle  
Kategorie  
altung der  
at zu lange  
Wilmersdorf  
Gemeinde-  
nden Kom-  
nspolitische  
arbeit auch

Lohn- und Arbeitsbedingungen erforderliche 103 Arbeits-  
einrichtungen, an denen insgesamt 1386 Personen sich beteiligten.  
Von diesen Streiks erfolgten 67 mit 2248 Beteiligten erfolgreich  
und 3 Streiks mit 172 Beteiligten teilweise erfolgreich. Beginn der  
Erfolgreichkeit einer Streikaktion, wenn in irgendeiner Abteilung der  
Arbeiter mit aus verschiedenen sonstigen Ursachen mancherlei In-  
teresse mit 215 Arbeitsniederlegungen notwendig, von denen 127 mit Er-  
folg und 89 mit teilweisem Erfolg beendet wurden. Von dem seit  
Anfang des Jahres 1900 bis Ende 1905 geführten 3242 Streik-  
aktionen wurden 1388 (430 Proz.) mit vollem und 1854 (570 Proz.)  
mit teilweisem Erfolg beendet. Von die Streikenden, deren Zahl  
123743 beträgt, ist das Meistteil nicht organisiert, da für 61,9 Proz.  
Es ist zu verzeichnen ist. Nähere Angaben enthält die folgende  
Tabelle.

Jahr	Zahl der Streiks		Zahl der Beteiligten		Erfolg		Zahl der Erfolge	
	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent

**Abwechselfreie.**

Jahr	Zahl der Streiks	Zahl der Beteiligten	Erfolg	Zahl der Erfolge
1900	112	122	41	117
1901	106	117	39	115
1902	102	115	37	112
1903	108	120	38	118
1904	110	122	39	120
1905	112	124	40	122
<b>Zs.</b>	<b>658</b>	<b>720</b>	<b>222</b>	<b>658</b>

**Austritt aus der Organisation.**

Jahr	Zahl der Streiks	Zahl der Beteiligten	Erfolg	Zahl der Erfolge
1900	12	15	2	15
1901	10	12	1	12
1902	11	13	1	13
1903	12	14	1	14
1904	13	15	1	15
1905	14	16	1	16
<b>Zs.</b>	<b>62</b>	<b>75</b>	<b>7</b>	<b>62</b>

**Wohlfühlung.**

Jahr	Zahl der Streiks	Zahl der Beteiligten	Erfolg	Zahl der Erfolge
1900	75	85	25	85
1901	70	80	23	80
1902	68	78	22	78
1903	72	82	24	82
1904	74	84	25	84
1905	76	86	26	86
<b>Zs.</b>	<b>430</b>	<b>480</b>	<b>156</b>	<b>430</b>

**Lohnveränderung.**

Jahr	Zahl der Streiks	Zahl der Beteiligten	Erfolg	Zahl der Erfolge
1900	122	135	45	122
1901	115	128	42	115
1902	110	122	40	110
1903	115	128	42	115
1904	118	132	43	118
1905	120	135	44	120
<b>Zs.</b>	<b>602</b>	<b>660</b>	<b>206</b>	<b>602</b>

**Verlängerung der Arbeitszeit.**

Jahr	Zahl der Streiks	Zahl der Beteiligten	Erfolg	Zahl der Erfolge
1900	11	12	2	11
1901	10	11	1	10
1902	11	12	2	11
1903	12	13	2	12
1904	13	14	2	13
1905	14	15	2	14
<b>Zs.</b>	<b>62</b>	<b>67</b>	<b>7</b>	<b>62</b>

**Richtinnehaltung der allgemein üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen.**

Jahr	Zahl der Streiks	Zahl der Beteiligten	Erfolg	Zahl der Erfolge
1900	18	22	7	18
1901	17	21	6	17
1902	16	20	5	16
1903	17	21	6	17
1904	18	22	7	18
1905	19	23	8	19
<b>Zs.</b>	<b>109</b>	<b>133</b>	<b>41</b>	<b>109</b>

**Die Ausperrungen.**

Der Kampf der Arbeiterschaft gegen den Kapitalismus nimmt immer schärfere Formen an. Vorabend der Arbeiter ist zu immer fetteren Massen zusammenzuführen, sucht das isolierte Unternehmertum nach Mitteln, die geeignet erscheinen, jeden Angriff der Arbeitermassen zurückzudrängen. Das beliebteste und bisher für die Unternehmer erfolgreichste Mittel dieser Art ist die Ausperrung, und sie wird mit Hilfe von immer mehr Ausperrungs- und Streikmittel haben die Arbeiter schon zu beklagen, weil ihnen in der Tat damit recht empfindliche Wunden geschlagen werden können. Ein Bild auf die folgende kleine Tabelle zeigt, welche unabweisbar finanziellen Opfer von Arbeitern durch Ausperrungen aufgebracht wurden. Von 1900 bis Ende 1905 fanden insgesamt 581 Ausperrungen statt, von denen 251 000 Arbeiter betroffen wurden. Das Jahr 1905 allein weist 253 Ausperrungen auf mit zusammen 111 017 Beteiligten. Es wurden also 1905 rund 3700 Arbeiter mehr ausgeperrt als in den fünf vorhergehenden Jahren zu-

sammen. 9 054 790 Mk. Kosten haben den Arbeitern die Ausperrungen der letzten sechs Jahre verursacht, von denen auf das Jahr 1905 allein 1 193 250 Mk. entfielen.

Jahr	Zahl der Ausperrungen	Zahl der Beteiligten	Verlust an Arbeitszeit		Gesamt Ausgabe	# Verlust in Prozenten		
			Zahl	Wert		Erfolgreich	Teilweise erfolgreich	
1900	46	1909	182 995	807	1 000 000	13,8	210	36,0
1901	36	1 899	121 275	674	800 000	25,0	250	37,1
1902	38	1 791	117 195	491	900 000	14,3	113	14,4
1903	42	1 773	112 771	509	1 000 000	15,9	158	24,3
1904	112	5 102	307 295	1 579	1 800 000	17,2	257	37,2
1905	253	11 017	1 193 250	5 821	1 193 250	21,7	512	21,4
<b>Zs.</b>	<b>581</b>	<b>25 000</b>	<b>1 800 000</b>	<b>12 000</b>	<b>9 054 790</b>	<b>17,9</b>	<b>1 000</b>	<b>20,9</b>

Ganz besonders zu beachten ist die Taktik der Unternehmer, nicht nur dem mit Ausperrungen vorzugehen, wenn die Arbeiter zur Arbeitseinstellung schreiten, um ihren Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen, sondern daß schon bei ausbrechenden Differenzen, ohne daß es zur Arbeitseinstellung seitens der Arbeiter kommt, von den Unternehmern die Ausperrung verhängt wird. Von den 253 Ausperrungen des Jahres 1905 waren nur 23 die Folge eines Angriffsstreiks. In 3 Fällen war die Ursache zur Ausperrung ein Anstreifen. Bei 112 Ausperrungen bildeten lediglich Differenzen wegen Lohnhöhe bezw. Arbeitszeit die Ursache. In 56 Fällen verließen die Unternehmer den Austritt der Arbeiter aus der Organisation durch Ausperrung zu erzwingen. Außerdem fanden 6 Wagnisausperrungen statt und in 43 Fällen lagen sonstige Ursachen der Ausperrung zugrunde. Von den 23 infolge eines Angriffsstreiks verhängten Ausperrungen waren 73 207 Personen beteiligt. Für die Arbeiter endete in 3 Fällen mit 8554 B. teilweisen die Ausperrung erfolgreich und in 12 Fällen mit 26 197 Beteiligten teilweise erfolgreich. Von 192 infolge eines Abwechselfreie ausgeführten hatten 1551 vollen und 250 teilweisen Erfolg. Der verlangte Austritt aus der Organisation wurde in 4 Fällen erfolgreich abgewehrt, in 40 Fällen gelang dies nur zum Teil. An den 112 wegen Differenzen verhängten Lohnhöhe oder Arbeitszeit verhängten Ausperrungen waren 56 292 Arbeiter beteiligt. Hier 7 109 endeten die Ausperrungen erfolgreich und 18 397 hatten teilweisen Erfolg aufzuweisen. Es wurde in 12 Fällen vollen, in 68 Fällen teilweisen und in 28 Fällen kein Erfolg erzielt. Von den aus sonstigen Ursachen verhängten 43 Ausperrungen waren 25 für die Arbeiter erfolgreich und 1 teilweise erfolgreich. Vollen Erfolg hatten 5878 und teilweisen Erfolg 458 Ausperrungen. Von sämtlichen Ausperrungen des Jahres 1905 verliefen 21,1 Proz. erfolgreich, 51,1 Proz. hatten teilweisen und 28,5 Proz. keinen Erfolg für die Arbeiter. Nur die erfolgreich beendeten Ausperrungen kommen 26 016 = 18,1 Proz. aller Ausperrungen und für die teilweise erfolgreich beendeten Ausperrungen 46 252 = 32,1 Proz. sämtlicher Ausperrungen in Betracht.

Während von den Streiks mehr als die Hälfte (57,9 Proz. der Angriffs- und 55,9 Proz. der Abwechselfreie) mit vollem Erfolg durchgeführt werden konnten, verliefen die Ausperrungen weit ungünstiger für die Arbeiter, indem nur 21,1 Proz. vollen Erfolg aufzuweisen hatten. Wenn die Unternehmer zur Ausperrung schreiten, befinden sie sich in der Regel von vornherein in einer günstigen Situation und die Statistik zeigt, daß sie umfangreicher die Ausperrungen sind, um so geringer der Erfolg für die Arbeiter ist. Von 25 Ausperrungen in der Metallindustrie, bei denen etwa 60 000 Arbeiter in Frage kommen, endeten nur 5 mit vollem Erfolg und gerade diese waren die unbedeutendsten, denn es wurden davon insgesamt nur 1 165, also 7,1 Proz. aller in der Industrie ausgeführten betroffen. Von 64 Ausperrungen der Bauern hatten nur 3 vollen Erfolg und dieser Erfolg kam von über 12 000 Ausperrungen nur 322 zugute. Wenn auch für eine große Zahl Ausperrungen noch ein teilweiser Erfolg erzielt wurde, so ist doch in Anbetracht der riesigen Opfer, die hierfür gebracht werden müssen, der Erfolg sehr minimal. Wir sehen also, daß die Ausperrungen sehr wohl geeignet sind, uns den Kampf sehr zu erleichtern, wenn es den Unternehmern auch nicht gelang, damit den Arbeitern die Kampfswut zu rauben, oder ihren Kampfesmut auch nur irgendwie zu beeinträchtigen. Erwähnt wird uns der Kampf und trotzdem haben wir Jahr für Jahr mehrere Erfolge aufzuweisen.

Betrachtet wir uns die Zahlen der in den Jahren von 1900 bis 1905 ohne Erfolg beendeten Kampfe, so fällt das Jahr 1905 amüßiger ab, als je ein Jahr vorher. In den Jahren 1900-1909 verliefen 25,2 Proz. aller Streiks und Ausperrungen erfolgreich, 1900 waren es 25,5 Proz., dann 22,6 Proz., 1901 28,5 Proz., 22,1 Proz. und 1905 nur 21,9 Proz. Wir haben also gar keine Ursache, pessimistisch zu sein, aber es darf nicht außer Acht gelassen werden, daß bei so umfangreichen Stämpfen, wie wir sie im Jahre 1905 zu verzeichnen hatten, die einzelnen im Kampfe

e 1905.

verfügen  
90) Streiks  
nliche und  
56,9 Proz.  
Proz. aller  
13,1 Proz.  
13 Abwech-  
sekannt und  
die Gesamt-  
stende seit-  
3 Tage für  
Für diese  
1905/07 Mt.  
von den  
Organi-  
von denen  
Wohlfühlung  
von denen  
20 Streiks  
rden. Mit  
291 Fällen  
170 Fälle  
1905 Ver-  
längerung  
werden, was  
Teil gelang.  
üblichen

stehenden Organisationen nicht immer in der Lage sind, die zur Führung des Kampfes erforderlichen Mittel selbst aufzubringen. Während 1901 95,1 Proz., 1903 88,8 Proz. und 1902 91,2 Proz. der Gesamtkosten aus den Mitteln der im Kampfe sich befindenden Organisationen gedeckt wurden, sind 1905 nur 71,3 Proz. der Gesamtausgaben aus den Mitteln der kämpfenden Organisationen aufgebracht worden. Es ist ferner zu erwägen, daß bei Aussperrungen viel mehr als dies bei Streiks der Fall ist, mehrere Organisationen zu gleicher Zeit in einen Kampf verwickelt und und dadurch finanziell geschwächt werden.

So umfangreich die Kämpfe des Jahres 1905 sich auch gestalteten, sie sind gewissermaßen doch nur als Vorpostenkämpfe eines seiner Entwicklung entgegengehenden großen, schweren Kampfes zu betrachten, eines Kampfes, in dem das um wirtschaftliche Befreiung und um seine Freiheit kämpfende Proletariat noch gewaltige Opfer zu bringen bereit sein muß, wenn es endlich das Joch des Kapitalismus sich vom Hals schütteln will. Und für diesen Entscheidungskampf haben wir uns, haben unsere Organisationen sich vorzubereiten. Eines ist sicher. Die gewerkschaftlichen Organisationen werden immer mehr als berufene Vertretungsorgane von den Unternehmern anerkannt. Das wird dadurch bewiesen, daß 1905 in 1082 Fällen die Kämpfe durch Vergleich beigelegt wurden, von denen nur 319 durch Verhandlungen der einzelnen Unternehmer mit ihren Arbeitern, also unter Ausschaltung der Organisationen beigelegt wurden, während in allen übrigen Fällen die Unterhandlungen von Vertretern der Organisationen geführt worden sind. Dieser Einfluß der Gewerkschaften wird um so mehr sich Geltung verschaffen, je stärker die einzelnen Organisationen werden und je mehr die Solidarität der Arbeiterklasse im Kampfe zum Ausdruck kommt. Die imponierende Stärke der Organisation liegt aber darin, daß ihre Mitglieder dauernd derselben angehören, um dort gesammelt und für den Kampf vorbereitet werden zu können. Auf die Elemente, die erst bei Beginn eines Kampfes der Organisation beitreten, ist nicht zu bauen. In Disziplin nicht gewöhnt, von der Notwendigkeit des Kampfes nicht genügend durchdrungen, lassen sie sich oft mit durch nichts verbürgten Versprechungen der Unternehmer fähren und werden oft fahnenflüchtig gerade dann, wenn neues Zusammenhalten am nötigsten ist. Nun gewahrt uns aber die Statistikk in dieser Beziehung ein beachtenswertes Bild. Von 365 273 in die Streiklisten eingetragenen waren bei Beginn des Kampfes 255 301 und sechs Monate vor Beginn des Kampfes nur 188 900 organisiert. Hier zeigt sich, welche umfangreiche Organisationsarbeit noch zu verrichten ist, bis die Gewerkschaften die erforderliche Aktionsfähigkeit erreicht haben. Es gilt alle reaktionären Klänge der Schachtmacher und der Regierung zu durchkreuzen, es gilt alles aus dem Wege zu räumen was geeignet ist, die Entwicklung der Gewerkschaften zu hindern. Es gilt ferner, unablässig die Unorganisierten aufzuklären und ihnen das Verständnis für den Emanzipationskampf der Arbeiterklasse beizubringen. Aber auch am inneren Ausbau der Organisationen selbst muß sorgfältig gearbeitet, die Zentralisation der Gewerkschaften gefördert und auf einen immer engeren Zusammenhalt der Arbeiterklasse hingewirkt werden. Gegenüber den stets fester sich schließenden Unternehmerlokalisationen kann nur die im Brennpunkte sich konzentrierende Kraft einer einheitlich gestalteten zielhellen Koalition der Arbeitermassen siegreich vordringen. Und um stets gerüstet zu sein, müssen wir die strategischen Bewegungen unserer Gegner, der Unternehmerorganisationen, die wir fortwährend erwarten sehen, genau beobachten und unsere Maßnahmen danach einrichten. Wir stehen dauernd im Kampfe, für uns gibt es keine Ruhe, solange die Arbeiterklasse unter dem Drucke kapitalistischer Ausbeutung schmachtet. L. Brunner.

### Zittau, Bautzen, Löbau und die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Arbeiter.

Eine reiche, ja man kann sagen die reichste Stadt Sachsens ist Zittau. Sie zählt zurzeit rund 31 000 Einwohner und ist noch eine der wenigen Domänen des Feudalismus in Sachsen. Das heißt, soweit es die Stadtverwaltung betrifft, denn sowohl Stadtrat wie Stadtverordneten Kollegium sind einzig und allein von freisinnigen Kreisen zusammengesetzt. Und zwar schon seit vielen, vielen Jahren. Der tatsächliche Reichthum Zittaus ist so leicht nicht festzustellen. Jedoch, Genosse Fischer, der Reichstagsabgeordnete für Zittau, gibt in der „Komm. Praxis“ einige Zahlen darüber an. Zittau besitzt demnach 3665 Hektar Forsten, welche allein einen Wert von 3 528 228 M. darstellen. Die Gebäude besitzen einen Wert von 3 336 171 M., die Wiesen, Felder usw. einen solchen von 1 552 611 M. Im Jahre 1899 kamen auf den Kopf der Bevölkerung ein städtisches Vermögen von 247,13 M. Seit dieser Zeit wird es sich aber noch ganz bedeutend vermehrt haben. Die Stadtverwaltung zeigt nun ein ausgeprägtes Sparsystem, hohe Ueberschüsse sind die Folge. In einem der letzten Jahre betrug der Ueberschuß 108 578 M. gegen den Voranschlag. Angesichts dieser günstigen Finanzlage sollte man annehmen können, daß die

Lage der städtischen Arbeiter eine einigermaßen gute sei. Dem ist aber leider nicht so. Im Gegenteil. Die Verhältnisse der städtischen Arbeiter sind außerst verbesserungsbedürftig. . . . Von einer kommunalen Sozialpolitik ist keine Spur“, jagt Genosse Fischer, und das ist in der Tat auch so.

Sehen wir uns die verschiedenen Betriebe etwas näher an. Da haben wir die Gasanstalt. Wie überall, so auch hier, bringt diese ganz erhebliche Ueberschüsse. Freydem lassen die Löhne alles zu wünschen übrig. Die Arbeitszeit ist noch eine 12stündige. Der beruhtigte „24er“ ist ja durch Einrichtung einer Wechselsschicht befreit, aber die Löhne! Sie schwanken zwischen 25 und 30 Pf. pro Stunde, sehr wenig Arbeiter erhalten 32 Pf. Die Holzleger, gelernte Schlosser, fangen mit 28 Pf. an! Auch die Feinarbeiter erhalten 28 bis 32 Pf. und dabei bedente man, daß es nur gerade Retorten gibt, an denen die Arbeit besonders schwer ist.

Nicht besser werden die Arbeiter beim Tiefbauwesen bezahlt. Der Lohn beträgt hier, sage und schreibe, 21 und 25 Pf. pro Stunde. Es heißt, die Arbeiter werden im Afford gemacht, wobei 28 bis 30 Pf. verdient werden. Je nun, über das Affordwesen haben die betroffenen Arbeiter ihre eigene Meinung. Sie sagen nämlich, bei ihnen sei es so, wie es im Sprichwort heißt: „Das Pferd, welches den Safer verdient, kriegt ihn nicht!“ Dem, haben sie mal recht viel Arbeit geliefert, so haben sie trotzdem nicht verdient. Wozu das liegt, wissen sie sich nicht zu erklären. Ein Tarif oder sonst ein Preisverzeichnis für die Arbeiter existiert nicht, deshalb können sich die Arbeiter nicht überzeugen und nicht nachrechnen, wieviel sie eigentlich verdient haben. Im Winter werden die Tiefbauarbeiter mit Zehntelstunden beschäftigt. Diese Arbeit, die in den unglücklichen Törförern bedeutend höher bezahlt wird, bezahlt die reiche Stadt Zittau mit 2,10 bis 3,40 M. pro Kubikmeter! Viele Hunderte von Kubikmetern sind zu schlagen und bis zu 40 Mann sind dabei beschäftigt, aber eine Frühstücksbrot für die Arbeiter aufzustellen, das halt die Stadt für Verschwendung! Es läßt die freisinnigen Stadtväter ganz kalt, wenn die Frühstücksbrot der Arbeiter fast ebenso hart gebacken sind, wie die zu schlagenden Steine! Am wenigstens das Brot einzuräumen anzutun, machen die Arbeiter ein Strobfleiser in einem alten Manlagewolbe an. Ob die Arbeiter auch einmal ein menschliches Bedürfnis zu verrichten haben und ob dazu eine Gelegenheit vorhanden ist, das alles kümmert die Stadtverwaltung nicht. Warum auch, es sind ja nur Steinschläger!

Noch „rücklicher“ als die vorgenannten Kategorien werden die Fischkutter entlohnt. Ganze 20 Pf. erhalten sie pro Stunde. Allerdings haben diese Arbeiter einen höheren Lohn nicht nötig, denn sie erhalten ja nach der Aussage eines Polizeibeten Teufelsgeld! Folglich braucht die Stadt nicht Böselohn zu zahlen. Dies zeigt so recht die rückständige Arbeiterpolitik.

Wie alle genannten Arbeiterkategorien, sind auch die Korstaarbeiter, deren Zittau eine große Zahl beschäftigt, recht schlecht gestellt. Ihre Löhne gehen weit unter die sonst üblichen hinaus. Und als vor einigen Jahren die Arbeiter um Erhöhung ihrer Löhne nachsuchten, da gab es im Stadtverordneten Kollegium eine große Debatte, trotzdem die Korstaarbeiter nachgewiesen hatten, daß die Löhne nur 19 bis 20 Pf. pro Stunde betragen!

So ist es mit den Arbeitern dieser reichsten Stadt bestellt! Von all den Errungenschaften der neueren kommunalen Sozialpolitik, als Sommerurlaub, Hinterbliebenenversicherung, Krankelohn, Differenzbetrag zwischen Lohn und Krankengeld, Pausbuden usw. keine Spur!

Da wird es noch unacheurer Arbeit bedürfen, ehe hier auf diesem Gebiete etwas zu erreichen sein wird. Die Arbeiter selbst sind außerst schwer für die Organisation zu haben. Viele von ihnen sind ihr Veltag, wie in der Gasanstalt beispielsweise, bei der Stadt beschäftigt. Sie meinen, es sei eine Sünde gegen ihren Arbeitgeber, sich zu organisieren. Jedoch ein Teil der städtischen Arbeiter hat eingesehen, daß es so nicht mehr weiter gehen kann, und mit Hilfe der Organisation wollen sie versuchen, ihre Lage zu verbessern. Ihre Zahl ist allerdings noch klein, aber in ausdauernder Arbeit wird sie sich sicher vermehren, und der Erfolg wird dann nicht ausbleiben.

Nächst Zittau ist Bautzen eine größere Stadt Sachsens. Zurzeit hat Bautzen rund 21 000 Einwohner und galt bisher noch als der schwärzeste Winkel Sachsens. In Bautzen und Umgebung doch der einzige sächsische Reichstagswahlkreis, welcher noch von den „Ordnungsparteien“ gehalten wurde. Jedoch die Aufklärungsarbeit bringt auch in die entlegenen Gegenden, und so herrscht auch unter der Bauener Arbeiterklasse heute ein ganz anderer Geist. Die Organisationen machen auch hier gute Fortschritte. Als Arbeitgeber ist die Stadt Bautzen nicht gerade groß. Die Zahl der städtischen Arbeiter wird insgesamt 40 bis 50 nicht übersteigen. Der wichtigste Betrieb ist auch hier die Gasanstalt. Hier werden im Jahresdurchschnitt 30 Arbeiter beschäftigt. Der Lohn beträgt 28 Pf. pro Stunde. Dabei ist es ganz gleich, ob der Arbeiter im Feinhaus, oder auf dem Hof, oder beim Ausschachten der Holzgruben beschäftigt wird; er erhält eben seine 28 Pf. Die Arbeitszeit ist eine 12stündige mit 24stündiger Wechselsschicht,

Infolge der Lohnbewegung der Paubeerufe, welche im verfloffenen Sommer in Pausen stattfand, sah sich auch die Stadt genötigt, die Löhne in der Gasanstalt etwas aufzubessern und auf den jetzigen Stand zu bringen. Die übrigen Arbeiter verteilen sich mit 6 Mann auf das Wasserwerk, einige sind im Elektrizitätswerke und die übrigen bei der Straßenreinigung. Die letzteren sind überwiegend Invaliden, die für die Organisation nicht zu haben sind.

All die Dinge, die in sozialpolitischer Hinsicht von einer Stadtverwaltung verlangt werden und vielerorts schon eingeführt sind, fehlen in Pausen ebenfalls. Jedoch hat man erkannt, daß doch der Organisation der Arbeiter immerhin einige Bedeutung beizumessen ist. So wurden in einer der letzten Stadtverordnetenversammlungen 167.000 Mk. für verschiedene bauliche Einrichtungen in der Gasanstalt gefordert. Diese Forderung wurde unter anderem auch wie folgt begründet: „... und weil die Organisation der Gasanstaltsarbeiter immer schneller vor sich geht, bei einem Streit sich nicht so schnell eingekerkerte Arbeiter finden und mithin unberechenbare Folgen und ungeheurer Schaden entstehen können“ usw. Man, die Pausener Gasarbeiter werden sich diese Begründung zunutze machen. Soviel für heute über Pausen.

Wesentlich kleiner als beide vorgenannten Städte ist Pöbau. Es zählt nur rund 10.000 Einwohner und beschäftigt insgesamt 25 bis 30 Arbeiter, von denen ein gut Teil nicht organisationsfähig ist, weil invalide. Die Gasanstalt beschäftigt 12 bis 14 Mann, zur Unterhaltung der Wege und Anlagen sind 6 bis 8 Mann beschäftigt. Auch sind einige Kohlearbeiter vorhanden. Die Löhne sind in Pöbau äußerst niedrig. In der Gasanstalt werden ganze 2,40 Mk. für die 12stündige Schicht bezahlt. Natürlich reicht noch der fassigen bekannte „Mer“. Noch schlechter sind die übrigen Arbeiter entlohnt: 18, 19, 20 Pf. sind hier die Regel. Angehts dieser traurigen Verhältnisse ist es nicht verwunderlich, wenn die Arbeiter in gewerkschaftlicher Beziehung noch sehr rückständig sind. Von den Gasarbeitern wohnt ein großer Teil in den dicht aneinandergereihten Lößern. Hier besitzen sie ein kleines Anwesen, welches sie nach Feierabend und Sonntags bewirtschaften. Das bewirkt, daß sie die Arbeit in der Gasanstalt eigentlich als Nebenberuf ansehen. Es halt deshalb äußerst schwer, sie zu organisieren, trotzdem die Verhältnisse in der Gasanstalt alles zu wünschen übrig lassen. Weber ist eine Vabereinrichtung, noch sind genügende Anwesenheiten vorhanden. Die Verhandlung durch den Inspektor ist auch alles andere als human. Bezahlung von Überstunden erörtert nicht. Kurz, Verhältnisse genug! Wohl erklärten im Sommer einmal 10 Mann ihren Beitritt zur Organisation, jedoch von Aushalten und Beitragszahlen allerdings keine Spur. Fast möchte man hier sagen: ihre Zeit ist noch nicht gekommen.

Aus vorstehendem dürfte zur Genüge ersichtlich sein, daß in der sächsischen Oberlausitz, wie dieses Gebiet heißt, mit der Zeit eine Anzahl Mitglieder zu erreichen sind, freilich allzu schnell wird es nicht gehen. Das liegt teils an den Verhältnissen, teils auch an dem Charakter der betreffenden Arbeiter.

Jedoch, die Anfänge sind überall gemacht, es gilt, sie zu fördern!

**Aus der Praxis der Arbeiterversicherung.**

Daß die Stadtgemeinden sich bei den aus Anlaß auszuführender städtischer Straßenarbeiten ereignenden Unfällen von ihrer Verpflichtung nicht durch den Nachweis befreien können, daß sie in der Auswahl des die betreffenden Arbeiten ausführenden Unternehmers die im Verkehr erforderliche Sorgfalt angewandt haben, dafür in folgender Fall sehr lehrreich. Am 1. Oktober 1902 hatte der Mutischer G. zu einer Arbeit namens Sch. zu Solingen in der Köhlnerstraße Kohlen anzufahren. In dieser Straße war damals ein Graben aufgeworfen zur Legung eines Kabels für das städtische Elektrizitätswerk, mit welcher die Firma P. u. Co. von der Stadt Solingen beauftragt war. Vor dem Schloßen Hause war eine Straße gelegt. Bei der Heberarbeit brach der mit einem Pferde bespannte zweirädrige Karren, wobei der Mutischer durch den heftigen Aufschlag eine Muskelverletzung am rechten Oberarm erlitt, die eine Verminderung seiner Arbeitsfähigkeit zur Folge hatte. Er erhielt infolgedessen von der Maschinenbau- und Kleinmetallindustrie Berufs-gemeinschaft eine lebenslängliche Rente von jährlich 205 Mk., welche diese Berufsgemeinschaft im Wege des Reiches von der Stadtgemeinde Solingen zurückverlangt, weil die Stadtgemeinde für den ungenügenden Zustand der Straße verantwortlich sei. Das Landgericht zu Elberfeld hatte die Klage abgewiesen, weil die Stadt bei der Auswahl der Firma P. u. Co., einer zuverlässigen und gewissenhaften Unternehmung, die im Verkehr erforderliche Sorgfalt angewandt habe. Auf erhobene Berufung hob jedoch der 1. Zivilsenat des hiesigen Oberlandesgerichts durch Entscheidung vom 5. Oktober dieses Jahres das landgerichtliche Urteil auf, und verurteilte die

Stadtgemeinde Solingen, abgesehen von den Anwaltskosten, die Hälfte der von der Berufsgemeinschaft zu zahlenden Rente an diese zurückzuerhalten. Das Oberlandesgericht ist der Ansicht, daß, wenn die Stadtgemeinde sich auch eine zuverlässige Unternehmung zur Ausführung der Arbeiter ausgewählt hat, ihr dennoch eine Pflicht zur Aufsicht, welche aus § 223 P. O. B. herzuleiten ist, verbleibt. Diese Pflicht zur Aufsicht liegt nicht bloß der Polizeibehörde, sondern auch der Stadt ob als Eigentümerin der Köhlnerstraße. Diese Aufsicht muß auch, wenn man § 236 P. O. B. für anwendbar erklären will, als zur Beobachtung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt notwendig angesehen werden. Die Stadtgemeinde wurde nur zur Hälfte des Schadens verurteilt, weil auch den Mutischer infolgedessen ein Verschulden an dem Unfälle trifft, daß er die für sein Fuhrwerk zu leichte Brücke passierte.

**Notizen für Gasarbeiter.**

**Verbrennung und Vergasung im Haushalt der Städte.** Ueber dieses Thema hat Herr Gasanstaltsdirektor Kobbert kürzlich in Mönigsberg einen Vortrag gehalten, aus dem wir folgendes wiedergeben: Mönigsberg habe rund 50.000 Haushaltungen, so daß rund 41.000 Auchen auf Verbrennung flüchtiger und fester Brennstoffe angewiesen seien, die nach einer ziemlich einwandfreien Berechnung zusammen etwa 57.000 Tonnen Kohlen pro Jahr brauchen würden. Nur die Heizung der Gewerbeträume einschließlich des Verbrauches des Kleingewerbes seien 33.000 Tonnen in Ansatz zu bringen, die Versorgung der Stadt mit Wasser, elektrischer Kraft und Licht, der Schlacht- und Viehhof, andere städtische Zwecke erforderten rund 30.000 Tonnen, die Industrie 33.000 Tonnen und schließlich die Gasanstalt, abzüglich der 20.000 Tonnen für Stoks, 20.000 Tonnen, so daß ein Gesamtverbrauch von 173.000 Tonnen Kohlen in Mönigsberg festzustellen sei. Diese Ziffer stelle den rationalen Aufwand an festem Brennmaterial dar, denn der Verbrauch der Eisenbahnen und der Schiffe sei dabei nicht mitzurechnen. Nehme man von den 90.000 Tonnen, die für Hausbrand und Kleingewerbliche Zwecke verbraucht würden, 12.000 Tonnen für die Einzelwohnhaltungen, also minderwertiges Brennmaterial, à 10 Mk. und 78.000 Tonnen à 21 Mk., so betrage der Wert des verbrauchten Brennmaterials 1.758.000 Mk. Daraus werde eine Wärme gewonnen, die einer effektiven Wert von nur 210.000 Mk. hat, so daß also ein Verlust von 1.548.000 Mk. entstände. Zu diesem Verlust kann noch der Wert von Stickstoffprodukten mit zusammen 32.600 Mk. gerechnet werden ohne Berücksichtigung des geringwertigen Materials der 12.000 Tonnen in Einzelwohnhaltungen. Die 63.000 Tonnen Industriebrennstoff würden ja etwas besser genützt, aber auch bei ihnen entstände immer noch ein ganz erheblicher Verlust. Ganz anders gestalte sich demgegenüber das Bild bei der Vergasung der Kohle in der Gasanstalt, die einen Rückgehalt von 70 bis 80 Prozent ergebe. Dieser Vergleich zeige, welcher Weg einschlägiger sei, um eine ökonomischere Ausnutzung des Brennmaterials zu erzielen, es sei z. B. schon kein Umding mehr, Dampfsehl mit Gas zu feuern und auch Badöfen würden schon mit Gas, statt mit festem Brennmaterial erwärmt. Ganz erheblich lämen bei der Vergasung der Kohle auch die Nebenprodukte in Betracht, z. B. die Gewinnung der Stickstoffprodukte. Anstatt sich mit der Gewinnung des Stickstoffs aus der Luft zu beschäftigen, sollte man lieber der ange deuteten Stickstoffproduktion mehr Rechnung schenken, damit nicht mehr so viel Salz aus Chile bezogen zu werden brauche.

**Wachsender Gasverbrauch im Proletarierhaushalt.** Trotz des Siegeslaufs des elektrischen Lichtes vor allem in der Beleuchtung der öffentlichen Straßen und Anstalten und der von Theatern, Restaurants, Sälen usw. kann von einem Rückgang des Gasverbrauches keine Rede sein. Im Gegenteil: der Gasverbrauch der Stadt Berlin z. B. hat in den letzten 10 Jahren eine durchschnittliche Steigerung von 7,9 Proz. pro Jahr erfahren. Er betrug nach den Angaben des Berliner Jahrbuchs für Handel und Industrie im Jahre 1901 rund 200 Millionen Kubikmeter, wovon 15 Millionen auf die öffentliche Beleuchtung Berlins und der Vororte und 179 Millionen auf den Verbrauch von Privaten abzielen. 6 Millionen kamen nicht zur Berechnung. Besonders zur Entwicklung des Gasverbrauches hat die Einführung automatischer Gasmesser beigetragen, die bekanntlich nach Einwirkung eines Zehnpennigenstückes 700 L. Gasgas abgeben. Die Zahl der in Benutzung befindlichen Gasautomaten ist in Berlin von 146 am 1. April 1901 auf 22.146 am 1. April 1905 gestiegen. Und während das auf diese Weise bezogene Gas im Jahre 1902 erst 1,8 Proz. des Gesamtverbrauchs ausmachte, war es im Jahre 1904 auf 1,2 Proz. gestiegen. Die im letzten Jahre in Berlin durch Münzgasmesser abgegebene Gasmenge von 8 1/2 Millionen Kubikmeter übersteigt die gesamte Gasproduktion der Städte Mangel, Danzig, Darmstadt, Mainz u. a. Es ist zu erwarten, daß diese besonders für den Haushalt des kleinen Mannes berechnete Form des Gasverbrauches immer mehr zunimmt, so daß der Gasindustrie noch eine weitere starke Entwicklung bevorsteht. Waren es doch in London im Jahre 1904 nicht weniger als 420.693 = der Hälfte und in Manchester 44.341 = ein Drittel aller Gasabnehmer, die Automaten in Benutzung hatten.

**Büdingen.** Die bisher im Privatbesitz befindliche Gasanstalt ist von der Stadt für 220.000 Mk. angekauft worden. Vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung. Vor 27 Jahren wurden 200.000 Mk. an der Stadtverordnetenversammlung für die Gasanstalt bezahlt. Die Stadtverordneten wollten damals nur 150.000 Mk. geben, obwohl ihnen außer unprozentiger Verzinsung ein Heberzins von mindestens 2.000 Mk. vorgerechnet war.

**Wir veröffentlichen nach folgende Aufschrift:**  
Eine acceptierte Erklärung!

Mit der Bescheidung „acceptiert“ bezüglich der Erklärung des Kollegen Lichten in Nr. 49 der „Gewerkschaft“ hat die Redaktion den Nachl. auf den Nachl. getroffen. Denn wenn Lichten jetzt seine Meinung auf der Gasarbeiter-Konferenz betr. die Reinigungsarbeit in den Berliner Gasanstalten als unwahr hinstellt, so kann das nur allgemeine Verhältnisse betreffen.

Jeder, der bei der Entleerung der Kisten gerade auf dem Gaswerk Müllerstraße mitarbeitet hat, oder in den Kisten selbst war, wird bestätigen müssen, daß nicht nur jede Woche, sondern ziemlich täglich Leute umsohl werden und den Kisten verlassen müssen. Wer selbst nicht mehr imstande ist, herauszutreten, der muß eben unterhakt bzw. herausgetragen werden. In dieser Tatsache kann keine Verichtigung etwas ändern!

Die Gasdeputation schaut auf dem Standpunkte zu stehen, daß jeder, der der Sache umhängt und die Haltung auf den Berliner Gaswerten richtig blickt, die Hungerrevolte zu lösen bekommt muß. Das sieht den Herren ähnlich.

Wie lange werden sich die Arbeiter dieses Herrentum noch gefallen lassen? Es ist höchste Zeit, daß die Kollegen sich Mann organisieren. Dann brauchen wir nicht bei jeder Gelegenheit zu streiken. C. Hoffmann.

Damit dürfte es wohl genug sein des genannten Spitzes, oder wünscht die Deputation weitere Behauptungen? Wir können dienen!  
D. Med.

**Aus den Stadtparlamenten.**

**Altenburg.** Die Gewährung von Feuererzeugnissen an die städtischen Beamten haben dieser Tage die städtischen Stadtwärter beschlossen. Die Zulagen sollen bis zu 10 Proz. des Einkommens betragen. Insgesamt wurden 10.200 Mk. zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellt. — Wo aber bleiben die städtischen Arbeiter?

**Berlin.** Das Kuratorium des Vieh- und Schlachthofes beschäftigt sich in seiner letzten Sitzung mit der Regelung der Arbeitslohn. Diese Regelung wurde in folgender Weise vorgenommen: Ungerichtete Arbeiter sollen 3,75 Mk. pro Tag Anfangslohn erhalten, steigend nach drei Jahren auf 4 Mk., nach sechs Jahren auf 4,25 Mk. — Für Arbeiter, Stallarbeiter und sonstige schweren Arbeiten soll außerdem eine Erhöhung von 25 bis 35 Pf. stattfinden. Der sozialdemokratische Antrag, diese Erhöhung auf 50 Pf. und den allgemeinen Lohnsatz auf 1 1/2 Mk. festzusetzen, auch eine bessere Verzinsung der Nacharbeit vorzusehen, fand keine Gnade. — Für Tagelöhner wird der Lohn von 3,75 auf 4 Mk. bzw. von 1,25 auf 1,50 Mk. erhöht. Die Scheuerfrauen, die auf unserem Vieh- und Schlachthof eine schwere Arbeit zu verrichten haben, sollen leer ausgehen, nur nach 6jähriger Dienstzeit sollen 25 Pf. zugelegt werden und den Höchstlohn von 2,75 Mk. erreichen. Handwerker sollen künftig auf Antrag der sozialdemokratischen Mitglieder Wochenlohn an Stelle des bisher üblichen Stundenlohnes erhalten. Der Mindestlohn wurde auf 5 Mk. pro Tag und der Höchstlohn auf 6,50 Mk. erhöht. Die Arbeitszeit soll 9 Stunden betragen.

**Fortmund.** Die Stadt will den städtischen Beamten und Angestellten, die bis zu 2000 Mk. Gehalt beziehen, eine Feuererzeugnissezulage von Weichnachten bis zu 3-4 Proz. des Jahreseinkommens gewähren.

**Höttingen.** Nachdem die städtische Verwaltung den Lohn der städtischen Arbeiter mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Feuererzeugnisse um 15 Proz. erhöht hat, sollen nunmehr auch sämtliche städtische Beamten eine Gehaltsaufbesserung von etwa durchschnittlich 6-8 Proz. erhalten.

**Magdeburg.** Die Stadtverordneten nahmen in ihrer letzten Sitzung den Antrag, den städtischen Arbeitern, Arbeiterinnen und Unterbeamten wegen der Steigerung der Lebensmittelpreise eine Feuererzeugnissezulage von 10 Proz. zu gewähren, sprachlich auf und übertrug ihn dem Magistrat, der sich seinerseits schon eingehend mit der Frage einer solchen Zulage beschäftigt hat, zur Erwägung und schließlichen Entscheidung.

**Mainz.** Die Bürgermeisterei schlägt folgende Familienzulagen an städtische Arbeiter vor: 1,50 Mk. wöchentlich für verheiratete Arbeiter ohne Kinder oder mit höchstens zwei Kindern unter 16 Jahren, 1,75 Mk. bei drei bis vier Kindern, 2 Mk. bei fünf und mehr Kindern und 75 Pf. für ledige Arbeiter, Witwen und geschiedene Arbeiter werden den verheirateten

Arbeitern gleichgestellt. Diese Zulagen sollen rückwirkend vom 1. April 1906 in Kraft treten. Weiter hat die sozialistische Deputation beschlossen, angesichts der Feuererzeugnissezulage den städtischen Arbeitern und Tagelöhnern ein nach einem jeden Wochenende fallendes Arbeiterlohn die halben Lohn, auszugeben.

**Minden.** In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurden u. a. 2000 Mk. bewilligt als Feuererzeugnissezulage für die verschiedenen städtischen Beamten (städtischen Arbeiter?), die unter 2000 Mk. Gehalt haben.

**Solingen.** Bei der Stadtverordnetenversammlung wurde u. a. beschlossen, den Arbeitern der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke sowie den städtischen Metzgerarbeiten und den Schlachthofarbeitern jährlich einen Urlaub zu gewähren, der nach dreijährigem Dienst drei Tage, nach fünf Jahren fünf Tage und nach zehn Jahren eine Woche betragen soll.

**Stegau.** Eine allgemeine Gehaltsaufbesserung für die Gemeindebeamten sowie eine Erhöhung der Löhne für die im Dienste der Gemeinde stehenden Arbeiter wurde in der letzten Gemeindevertreterversammlung mit rückwirkender Kraft vom 1. Dezember dieses Jahres einstimmig beschlossen. Gehaltsgattungen wurde der Termin für eine Erhöhung der Lehrergehälter auf den 1. April 1906 festgelegt.

**Aus unserer Bewegung.**

**Rant Wilhelmshaven.** Ein Konflikt war zwischen den Gasarbeitern und ihrer Verwaltung entstanden und dadurch, daß ein alter Fenhausearbeiter, welcher sich nicht in der Lage fühlte, die ihm zugehende Arbeit auszuführen, da er schon einige Tage über im Hofen gesteckt hatte, in kühner Weise ohne Genehmigung entlassen wurde. Aber keiner konnte sich davon überzeugen, daß unser Kollege gesundigt hatte, und die Kollegen bestanden darauf, daß der Entlassene wieder eingestellt werde. Nach am selben Abend wurde eine Versammlung einberufen, welche das Verlangen der Verwaltung aufs äußerste verurteilte. Die Entscheidung wurde einstimmig, sofort ein Schreiben an die Verwaltung zu richten, um dem Genossenschaft zu seinem Rechte zu verhelfen. Das geschah und als Erfolg konnte unter entlassenen Kollegen schon am anderen Tage mittags wieder an seine Arbeit gehen, und der Streitfall war erledigt. — Aber wie kommt es, daß die Fenhausearbeiter so viel über Ermüdung und Erkältung zu klagen haben? Das Aehlen der hygienischen Einrichtungen zur Erhaltung der Gesundheit der Gasarbeiter wird nicht genügend gefördert. So auch in Rant auf der Gasanstalt II, wo durch eine baufällige Veränderung des Arbeitszimmers verlegt worden ist, den Fenhausearbeitern also keine Möglichkeit mehr bleibt, dieses benutzen zu können. Die Kollegen sind daher genötigt, sich während der Pausen (Arbeits- und Mittags) im Fenhause aufzuhalten, wo momentenlang großer Lärm und Aehlenstaub vorherrscht, was für die Kollegen eine Gefahr für ihre Gesundheit bedeutet. Es ist festzustellen worden, daß auf 11 Feuerhausarbeiter in den letzten vier Monaten 96 Krankheits-tage zu verzeichnen sind! Auch die unheimlichste Schichtarbeit von 12 Stunden und die 24 stündige Wechselarbeit ist nicht ohne Einfluß! Darum, Kollegen, seid unermüdetlich bestrebt, die Organisation weiter auszubauen! Nur eine gute Organisation kann das Erzeugnis erhalten. Die Organisation setzt uns in den Stand, bessere Lohn und Arbeitsbedingungen zu erringen und Versicherungen hinterzubringen. Deshalb lege keiner die Hände müßig in den Schoß, sondern beteilige sich lebhaft an allen Angelegenheiten, welche für die innere Kräftigung und den Ausbau unserer Organisation beitragen.

**Berlin.** Am 10. Dezember tagte die Generalversammlung der Sektion der Straßenreiner. Kollege Schulz gab den Bericht für 1906. Ein Jahr reich an Kämpfen und Arbeit war das vergangene. Bestimmend für unsere Arbeit war besonders der Mainzer Verbandstag. Doch können wir heute konstatieren, daß alle geforderten Befürchtungen nicht eingetreten. Im Jahreslaufe wurden 10 Versammlungen, 8 Vertreterversammlungen und ebenfalls Vorstandssitzungen abgehalten. Die im Interesse der Kollegen geleistete Arbeit in der Krankenkasse und im Arbeiterausbau hat nicht ohne Erfolg. Doch ist hier noch wesentlich zu leisten. Mit dem Dank für die treue Mitarbeit aller Vertretersleute gedachte der Vorsitzende der früheren Funktionäre, welche heute teilweise aus der Arbeit geschieden sind. Heute stehen wir durch die getroffenen Unterstützungsanstalten fester wie früher. Mit dem Mahnwort, jeder Kollege möge für sein Teil zum Aufbau und Gedeihen des Verbandes arbeiten, um zum Schluß des nächsten Jahres auch mehr an numerischen Erfolgen aufzuweisen zu können, schloß der Kollege Schulz seine Ausführungen. — Die vorgeschlagene Wahl der Sektionsleitung ergab als 1. Vorsitzenden Kollegen Schulz, als 2. Vorsitzenden Kollegen Siegel. Die Kollegen Meil und Bernick wurden als Schriftführer gewählt. Zum 3. Punkt der Tagesordnung erfolgte der Bericht über die nachgefundene Wahl der Krankenkassenvertreter. Demnach sind für den Ortsverein 41 Stimmen, für den Verband 188 Stimmen abgegeben. An der Wahl beteiligten sich 929 Wähler, gegen 1171 im Vorjahre. Die Mitgliederliste ergab sich, weil wertwürdigerweise für den Tag der Wahl circa 300 Kollegen schon um

8 Uhr zum Nachdienst bestellt wurden. Den Schaden von dieser sehr seltenen Bestimmung hat nun aber (das war wohl nicht beabsichtigt?) der Ortsverein. Während der Verband seinen Best-stand behauptete, freilich entsprechend der mürderer Beteiligung 48 Stimmen weniger erhielt, büßte der Ortsverein 23 Stimmen ein. Trotzdem soll vorgeschommener Unregelmäßigkeiten wegen Protest gegen die gesamte Kasse erhoben werden. - Hierbei sei nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß hätten einzelne unserer Verbandskollegen, besonders im VI. Eberaufferbezirk, ihre Schuldbiligkeit getan, alle Begünstigungen des Ortsvereins demselben nichts genutzt hätten. Vorgebrachte Beschwerden betreffend nicht ordnungsmäßiger Arbeitseinteilung, Sonntagsarbeit usw. wurden dem Arbeiterauschuss überwiesen. Damit fand die Versammlung um 11 Uhr ihren Schluß.

**Berlin-Wilmersdorf.** Wir beabsichtigten kürzlich, im Zusammenhange eine öffentliche Versammlung aller in städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter abzuhalten. Zu diesem Behufe ließen wir ein Plakat auf roten Anschlag unterziehen und der Firma Markiewicz zum Anschlag für Wilmersdorf überweisen. Nach einigen Tagen erhielt die Berliner Zirkulation von dieser Firma folgenden Brief:

P. T.

Von dem Gemeindevorstand Wilmersdorf ist die Anbringung Ihrer Plakate an den Anschlagtafeln nicht genehmigt worden, weshalb ich bitte, die Plakate und die per Post gesandten 6 Mk. gegen Empfangsbekundung in meinem Bureau, in der Zeit von 9 1 und 3 6 Uhr, in Empfang nehmen zu lassen.

Auf telephonische Anfrage erklärte die Firma, daß dem Gemeindevorstand die rote Farbe der Plakate nicht behagt habe, weshalb wohl der Anschlag unterbleiben müßte. Wir sind jedoch geneigt anzunehmen, daß der Gemeindevorstand mehr Furcht vor der Arbeiterorganisation als vor der roten Farbe zu haben scheint, wie denn überhaupt die Zurückweisung der Plakate vom Anschlag mit gesetzlichen Gründen wohl kaum entschuldigbar werden kann. Die angedeutete Versammlung hat jedoch trotz der zweifelhaften Autorität der Gemeindevorwaltung stattgefunden, und was das Entscheidende an der ganzen Sache ist: alle Erschienenen treten dem Verbands der Gemeindevorstand bei. Das Verhalten des Gemeindevorstandes hat natürlich bei allen städtischen Arbeitern Mißbilligung erregt und das Gegenteil von dem erreicht, was man in den oberen Regionen gewollt. In anderer Stelle sind die Wilmersdorfer Verhältnisse näher gekennzeichnet.

**Gassel.** Am 10. Dezember tagte in Gassel eine Versammlung, die sich mit der Feuerungszulage beschäftigte, welche die städtischen Metzger kürzlich bewilligt haben. Während nun unter den Arbeitern anderer Orte bei solchen Gelegenheiten eine gewisse unverständliche Stimmung herrscht, war man hier stark in Zweifel, ob ihnen dieser Beschluß auch etwas nützen wird. Diese Zweifel der Arbeiter werden uns verständlich, wenn wir uns das Verhalten einzelner Verwaltungsorgane betrachten. Nicht der Stadtverwaltung tangieren die Betriebsleiter, und diese verfahren nach dem Grundsatz kaiserlicher Gouverneure: „Aufstand ist groß und der Zar ist weit“. Zum Beispiel ist für die Arbeiter der gewerblichen Betriebe ein Sommerurlaub festgelegt, der aber ganz nach Willkür gewährt wird. Zwei Tage sind festgelegt, die Leistung des Reimungsamtes gibt sogar drei Tage, macht aber zum Teil die Bewilligung von der Fruchtbarkeit der Ehefrau abhängig. Denn wenn die Ehefrau im Wochenbette liegt oder krank ist, kann der Mann Urlaub bekommen, sonst nicht. Die Direktion des Gaswerkes fordert wiederum gute Anführung. Was dies für die Arbeiter bedeutet, weiß jeder unierter Leser. Oder, wenn ein Arbeiter sich krank meldet, so hat er eben seinen Urlaub weg. Ein anderer Arbeiter wurde gefragt, ob er vorzuziehen in der Versammlung gewesen sei, auch ein Grund zur Urlaubsentziehung. Nach diesen Stichproben wird man die Zweifel der Arbeiter erklärlich finden, wenn sie auch bei Auszahlung der Lohnzulage nicht in Frage kommen. Der Reichsrat, den Arbeitern angesichts der gegenwärtigen Feuerung eine Lohnzulage von 25 Pf. zu gewähren, ist von den städtischen Metzger nicht gewillt, und kein Betriebsleiter hat daran etwas zu ändern. Es wurde den Herren auch schlecht anstehen, erhalten sie doch zu ihren großen Gehältern noch 500 Mk. Feuerungszulage. Allerdings haben die Betriebsleiter bei früheren Lohnforderungen der Arbeiter opponiert, trotzdem sie genau wissen, daß der Lohn zu niedrig ist. Erst da vor einiger Zeit ein Straßenreiner, zum Erlaunen der Arbeiter wurden sie zum Quartiermeister in Uniform kommandiert. Den Grund für diese Maßregel haben später einige Arbeiter dieses Werkes ausgesprochen, sie behaupteten, man habe gemerkt, die Arbeiter hätten für solche Dinge keinen ordentlichen Anzug. Deshalb hielt man die Manchesterhose noch für besser. Damit ist unzweifelhaft anerkannt, daß der Lohn zu niedrig ist.

Die meiste Schuld trifft aber die Kollegen. Werden sie doch von einer derartigen Furcht beherrscht, daß die Betriebsleitungen ihnen alles bieten können, ohne auf Widerstand zu stoßen. Allen möglichen Veremen laufen sie nach, wo es Vorgesetzte anzuhaben gibt, anstatt energisch ihre Interessen zu vertreten. Unter solchen Umständen ist es kein Wunder, wenn die Vorgesetzten sie ent-

sprechend einschäben und behandeln. Der Lohn bleibt niedrig, die sonstigen Arbeitsbedingungen sind nicht die besten, die Frauen müssen mitarbeiten, um nur die Familie über Wasser zu halten, die Kinder werden ungenügend beaufsichtigt, kurz, das Familienleben wird untergraben. Und das alles, weil die Kollegen nicht genügend Widerstand haben. Wenn irgendwo die Verhältnisse verbesserungsbedürftig sind, so ist es in Gassel. Eine Verbesserung wird aber nicht eintreten, wenn die Kollegen nicht von ihrer falschen Bahn ablassen wollen. Hier gilt es, nicht nach oben zu schauen, was die Vorgesetzten wollen, sondern was das eigene Interesse der Arbeiter erheischt. Und dies ist Verbesserung der gegenwärtigen Verhältnisse. Das kann aber nur mit Hilfe der Organisation geschehen. Deshalb hinein in den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

**Lübeck.** Als vor längerer Zeit unser früherer Vorsitzende an einen „Christlichen“ einen Brief schrieb, der zugeständenermaßen eine Reihe orthographischer Fehler aufwies, da hatte das Organ der „Christlichen“, die „Gewerkschaftsstimme“, nichts eiligeres zu tun, als diesen Brief zu veröffentlichen. Der Zweck der Veröffentlichung war der, den Schreiber dieses Briefes ob seiner Kenntnisse in Grammatik und Orthographie zu verurteilen und bloßzustellen. In der vorliegenden Nummer 49 desselben Blattes finden wir einen Bericht aus München — der Zentrale des christlichen Verbandes —, der uns zeigt, daß die Christlichen allen Anlaß hätten, vor ihrer Tür zu stehen. In diesem Bericht wird uns von Brauereiarbeiterverband erzählt, der „in der Einbildung des allein richtigen Arbeiters“ diese Verbands soll die Christlichen als „gerichtig minderwertig“ hinstellen, trotzdem diese doch das „Beste“ für die Arbeiter wollen. Daß diese von dem Brauereiarbeiterverband mit Phrasen geföddert werden, das „qual“ eine Verammlung in der Thomasbrauerei. Die Arbeiter „lechten“ heute noch nach dem Reziprochen. Den armen Tagelöhnern wolle der Verband eine Stunde „Arbeitszeit rauben“. Schließlich sind dennoch die „sozi Arbeitern“ die Augen aufgegangen. Anderen Tages desabonnierten einzelne Arbeiter ihren „Führer Jadow“, für diese Disziplin bekommen sie von dem Schreiber die „Note 1“. So viel nicht fest, für seinen Aufsatz in der „Gewerkschaftsstimme“ hat er selbst diese Note nicht verdient. Dabei ist der Bericht durch die Hände des Redakteurs gegangen.

**Münberg.** Ueber die unregelmäßigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse hatten sich unsere Kollegen schon immer zu beklagen. Den ersten Eingaben gegenüber, mit denen der Magistrat seit längerer Zeit beharrt wurde, sah man sich endlich veranlaßt, wieder einmal etwas für die Arbeiter zu tun. Das Ueberstundenwesen wurde dahin geregelt, daß für die Stunde vor Beginn und für die nach Beendigung der gewöhnlichen Arbeitszeit ein Zuschlag von 25 Proz. für die weiteren Stunden und für Sonntagsarbeit ein solcher von 50 Proz. bezahlt wird. An Sonnabenden und Vorabenden hoher Reite tritt, soweit es der Dienst zuläßt, um 5 Uhr Arbeitsfluß ein. Den Feuerhausarbeitern des Gaswerkes wird endlich an Stelle der zwölfstündigen Schicht die Achtstundenschicht gewährt, ohne Beeinträchtigung des bisherigen Lohnes. Das Fahrpersonal der Straßenbahn wird um jährlich 60 Mk. aufgebessert, ebenso erhalten die Bekleidungsarbeiter und Wagenwascher der Straßenbahn eine kleine Aufbesserung. Den städtischen Arbeitern, die im Jahre 1907 noch nicht in eine höhere Lohnklasse vorzürden, wird eine Feuerungszulage von 50 Mk. gewährt. Die durch diese Beschlässe verursachten Mehrausgaben betragen jährlich etwas über 100.000 Mk., worauf sich der Magistrat sehr viel einbildet. Es handelt sich aber um Betriebe, die sehr glänzende Geschäfte machen, wie Gas- und Elektrizitätswerk und Straßenbahn. Die zehn-stündige Arbeitszeit glaubt man immer noch nicht beistimmen zu können, obwohl der Reinfundtag bereits in den Staatsbetrieben eingeführt und in einer großen Anzahl von Privatbetrieben schon lange besteht.

### Rundschau.

Eine systematische Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse wird im Betriebe der Berliner städtischen Straßenreinigung durchgeführt. Während vor Jahr und Tag den Arbeitern die dienstfreien Tage, z. B. 15. und 21. Sonntag, den Beschäftigten aufzubehalten. Das geschieht, ohne daß für diese Maßnahme ein Groschen mehr entschädigt wird. Bei Durchführung dieser Maßnahmen kommt der Direktion das bestehende Lohnsystem zustatten. Der Lohn wird für 7 Tage gezahlt. Das heißt, wenn andere städtische Arbeiter in sechs Tagen 24 Mark an Anfangslohn erhalten, bekommen die Straßenreiner für sieben Tage 24,50 Mk. Für die zu leistende Sonntagsarbeit und das also 50 Pf. Während diese Sonntagsarbeit in der Regel drei Stunden betrug und nur jeden vierten bis sechsten Sonntag voll zu arbeiten war, wird jetzt die Anzahl der voll zu arbeitenden Sonntage erhöht. Es ist und wird außerdem in allen Abteilungen durchgeführt, daß jeder Arbeiter in der Regel den dritten Sonntag ganz zu fronden hat. Ein Gegenstand zur Gewerbeordnung, wonach jedem Arbeiter mindestens der dritte Sonntag als vollständiger Ruhetag freizugeben ist. Solange die Arbeiter

das geschilberte Lohnsystem nicht auf irgend eine Weise beseitigen, werden sie von ...

Die Gemeinde und die Krankenversicherung. Die Gefahr der Arbeiterversicherung wird von mehr als einer Seite immer aufs neue angegriffen; natürlich geben die Kritiker über das, was nötig ist, weit auseinander; aber es steht unabweisbar fest, daß die Grundpfeiler des Versicherungsgedankes immer zentralisierte Krankenkassen sein müssen.

Die Verkürzung der Arbeitszeit macht dank der unermüdeten Arbeit der Gewerkschaften erfreuliche Fortschritte. Nach dem Bericht der heimischen Gewerbeaufsichtsbekanntem soll in ...

Arbeiteraussperrung in Lodz. Neulich hat die Direktion der Aktiengesellschaft von Poznanski in Lodz bekannt gemacht, daß sie infolge der unrechten Handlungsweise der Arbeiter, wie sie in der Verleumdung eines Ingenieurs und der Entfremdung eines Mitglieds der Fabrikfeuerwehr zum Ausdruck kam, sämtlichen Arbeitern die zweiseitliche Kündigung ausspreche.

Eingegangene Schriften und Bücher.

„Der Schwindel der Merikalen Arbeiterpolitik“ von August Erdmann, Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Preis 75 Pf., Agitationsausgabe 35 Pf.

Die soeben unter diesem Titel herausgegebene Arbeit wendet sich unter Verfügnung reichen Tatsachenmaterials gegen die von der Zentrumsparlei und ihrer Presse bis zum Ueberdruß wiederholte Behauptung, daß es ohne das Zentrum keine Sozialpolitik geben würde, daß außerhalb des Christentums überhaupt keine Sozialpolitik möglich sei und nur auf der Grundlage der Religion den Arbeitern geholfen werden könne.

Die jugendlichen Arbeiter und ihre Organisationen“ ist der Titel einer neuen Broschüre, die, von dem lebhaften Förderer der süddeutschen Jugendbewegung, dem Genossen Dr. Ludwig Frank, verfaßt, soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erschienen ist.

Herzen der Heim für künftiges Massenbewußtsein gelegt werden muß. Der Preis der Broschüre ist 50 Pf., eine für die Massenverbreitung bestimmte Agitationsausgabe kostet 20 Pf.

Leitfaden für Samariter. Taschenbuch der gebräuchlichsten Verände und der ersten Hilfe bei Unfallsfällen und plötzlichen Erkrankungen von Dr. Carl von Marval. Mit einem Vorwort von Dr. W. Zahli, 6 farbigen Tafeln außer Text und 33 Abbildungen im Text. Preis gebunden: 2 Mk. Reinburg (Schweiz) Gebrüder Minger, Verlag: Leipzig, G. O. Wallmann. Aus der geräuschvollen, mit beständig arbeitenden Maschinen gefüllten Werkstätte, wo intelligente Menschenhand die rohen Naturkräfte zu nützlicher Arbeit zwingt, dringt plötzlich ein Verzweiflungsschrei.

Von „Blut und Eisen“ liegen bis jetzt neun Hefte vor. Die dem Text beigegebenen zahlreichen Abbildungen erläutern die allgemeine, meist durch geschriebene Darlegungen des Verfassers. Wer sich für Krieg und Militärgeschäfte interessiert, wer die verderblichen Wirkungen des Krieges kennen lernen will, sollte das hochinteressante Werk abonnieren.

Briefkasten.

München. S. Zu was wollen wir den lahmen Postkoffer der Münchener Vereinigung zu so unverdienten Ehren verhelfen und sein Flugblatt mit den zahllosen und allgemein interessanten Ausführungen des Artikels versenden? Ihr könnt ja eine lokale Abreibung vornehmen, wenn ihr das wirklich für erforderlich haltet.

Achtung! Zahlstelle Dresden. Achtung!

Vom 1. Januar 1907 bis 31. März ist die gelbe Kontrollkarte gültig. Die Mitglieder werden ersucht, dies zur Vermeidung von Unannehmlichkeiten zu beachten. Die Ortsverwaltung.

Alle Nummern der „Gewerkschaft“ gesndt!

In unserem Archiv fehlen folgende Nummern der „Gewerkschaft“: 1897 Nr. 1, 3, 6, 11, 15, 19 u. 19. — 1898 Nr. 2, 8 u. 22. — 1899 Nr. 23. — 1901 Nr. 1, 2 u. 23. — 1902 Nr. 2, 4, 8, 10, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25 u. 26. — 1903 Nr. 2, 17 u. 26.

Von der „Sanitätswarte“ fehlen: 1904 Nr. 5. Der Verbandsvorstand.

Protokoll des 4. Verbandstages (Mainz 1906)
Protokoll der 2. deutschen Gasarbeiter-Konferenz (Mainz 1906)
Protokoll der ersten Konferenz des deutschen Krankenpflege-, Mäßige- und Bade-Perionals
Die Bewegung der städtischen Arbeiter (1903-1905)
Zu beziehen durch den
Verbandsvorstand, Berlin W. 30, Winterfeldtstr. 21.